



„Eine Umwandlung von Landesbeiträgen in Leistungspakete kann zwar ein Stück weit als Ergänzung empfunden werden, aber die Kleinkind-Betreuung ist der ideale Ort zum Spracherwerb.“

Landeshauptmann Arno Kompatscher

37.589 Aufenthalte

im Spital waren 2015 geplante stationäre Aufnahmen. Diesen stehen 39.230 Akut-Aufenthalte gegenüber, bei denen Patienten kurzfristig im Spital behalten werden mussten.

Voucher statt 200-Euro-Kindergeld

EINWANDERER: Kompatscher und Deeg einig: „Fordern, nicht nur fördern“ – Deeg: Leistung statt Geld bei Immigranten und Problemfällen

BOZEN (lu). Ganz nach dem Motto „Was Hänschen oder in diesem Fall Klein-Mohammed nicht lernt...“ denken Landeshauptmann Arno Kompatscher und Familienlandesrätin Waltraud Deeg daran, beim Spracherwerb der Kleinkinder neue Wege zu gehen. Statt Einwanderer-Eltern das Landeskindergeld in die Hand zu drücken, soll ihnen ein Voucher für Kleinkindbetreuung gegeben werden.

Es passe in das Konzept „Fordern und fördern“. Man sei dabei, dies rechtlich zu prüfen, sagt Familienlandesrätin Deeg. „Und zwar, ob ein unterschiedliches ‚Auszahlen‘ an Diensten möglich ist. Denn im Normalfall wollen wir den Eltern das Geld in die Hand geben, damit sie selbst entscheiden können, was sie mit den Beiträgen tun“, sagt Deeg.

Für diesen Punkt hat der Landeshauptmann keine Bedenken. „Leistungspakete statt Geld gibt es eben in besonderen Fällen auch schon beim Pflegegeld. Als ich noch Bürgermeister war, hatte ich bereits veranlasst, in einem bestimmten Fall statt des Geldes Leistungen zu bezahlen, damit auch wirklich die Pflegebedürftigen in den Genuss der Leistung kommt und nicht Angehörige das



Die Landessprachen schon spielerisch im Kleinkindalter erlernen: Die Landesregierung hat die Absicht, für Einwanderer-Familien mit Kleinkindern Landeszuwendungen in Voucher umzumünzen, die den Eltern Leistungspakete in Kleinkind-Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen.

Shutterstock

Geld anderweitig verwenden“, sagt Kompatscher. Integration sei so früh wie möglich zu forcieren – und da seien die Kleinkindbetreuungseinrichtungen zum Spracherwerb sowie zum Einbinden von deren Eltern ideal, so Kompatscher. „Denn was habe ich als Land davon, wenn jemand

dieses Geld anderweitig verwendet und die Kinder daheim vor den Fernseher setzt“, sagt der Landeshauptmann. Eine Migrantenfamilie könne dann wählen zwischen Kleinkindbetreuung, Essen usw. als Leistungsangebot auf der einen Seite – oder nichts zu bekommen.

Diese Voucher-Diskussion ist zu führen, daran lassen Kompatscher und Deeg keinen Zweifel aufkommen. Es gebe eine Vielzahl von Möglichkeiten der Integration, die sich so finanzieren lasse. „Ein schönes Beispiel ist ‚Mami lernt Deutsch‘ in Eltern-Kind-Zentren. Wie schnell ein

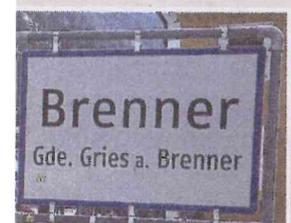
Voucher für Betreuungsleistungen zu bewerkstelligen ist, zeigen die Diskussionen, die noch zu führen sind. Denn da sind auch die Bezirksgemeinschaften einzubeziehen“, sagt Deeg.

Und es müsste klar beschränkt bleiben auf Immigrantenkinder, die sprachlich integriert werden müssen, oder aber auf Sozialfälle, bei denen die Gefahr besteht, dass Förderungen nicht dem Kind zugute kommen. „Wenn es um den Normalfall geht, bin ich fürs Geld-auf-die-Hand. Im Trentino denkt man nur in Vouchern“, so Deeg. Denkbar sei, dass das Landeskindergeld für obgenannte Gruppen in einen Voucher umgewandelt wird oder aber auch jener Teil regionaler Gelder, die aus dem Topf der „Ex-Politiker-Pensionen“ nach Südtirol fließen.

Kritik Kinderhort-Tarife

Sowohl Kompatscher als auch Deeg wehren sich gegen die Kritik, wonach die Stundentarife in den Kinderhorten extrem ansteigen würden. „Das ist falsch. Einkommensschwache Eltern zahlen bis jetzt für einen Tag 7 Euro, mit dem neuen Tarif für 8 Stunden 7,20 Euro. Sind es nur 7 Stunden pro Tag, zahlen Eltern sogar weniger als bisher“, so Deeg. Die, die derzeit Kritik üben, fordern gleichzeitig mehr Qualität, so Kompatscher.

© Alle Rechte vorbehalten



Brenner-Schließung wäre ein Desaster

BOZEN. Das von Österreich geplante Grenzmanagement mit Brenner-Schließung geht weit über die Grenzen Südtirols hinaus für Kritik. So fordert Michael Roth, der deutsche Bundesminister für Europafragen, einen Appell Österreich gegen die Brenner-Schließung. Gegen „einseitige Schritte, die nicht ihr rückgängig gemacht werden können“ spricht sich auch Österreichs Außenminister Paolo Gentiloni aus. Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden fordert zu „mehr Sensibilität und Augenmaß“. Laut Debora Serrachiani, Präsidentin der Region Friaul-Julisch Venetien ist „die Schließung des Brenners und anderer internationaler EU-Grenzen keine Lösung für die Flüchtlingsproblematik und wäre ein wahres Wirtschaftsdaster“. Nach Abstimmungen zwischen Österreich und Deutschland hat Außenminister Sebastian Kurz morgen in Berlin mit dem Innenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zusammen.